

Vorgeschichte: Die deutsche Gesellschaft, Europa und die Entstehung des Norddeutschen Bundes, 1848-1870

0. Übersicht:

1. Deutsche Politik in Europa, 1800-1858

2. Wirtschaft und Gesellschaft, 1848-1870

1. Deutsche Politik in Europa, 1800-1858

“Am Anfang war Napoleon.” - Mit diesem Satz leitete der 1992 verstorbene Münchner Historiker Thomas Nipperdey den ersten Band seiner grandiosen deutschen Geschichte ein.

Tatsächlich läßt sich wohl kaum bezweifeln, daß es die franz. Revolution und die anschließenden Napoleonischen Eroberungszüge waren, die das verkrustete und in Jahrhunderte alte Traditionen verfangene Deutschland aus seinem Schlaf rissen. Nach diesem revolutionären Einschnitt waren Europa und Deutschland nicht mehr dieselben wie zuvor. Die Prinzipien der franz. Revolution, “Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit”, vor allem der Grundgedanke der staatsbürgerlichen Partizipation am politischen Geschäft, die Idee des bürgerlichen Staates, der auf dem Konsens der Citoyens beruhte, das Konzept des Nationalstaates, dessen Bürger prinzipiell Angehörige ein und desselben Volkes waren, verbunden durch Sprache, Kultur und Verfassungspatriotismus - all diese Prinzipien besaßen ungeheure Ausstrahlungskraft und bestimmten die politische Agenda in Europa während des gesamten langen 19. Jahrhunderts bis 1914 und darüber hinaus. Während bürgerliche Kreise in fast allen europäischen Ländern von diesen Prinzipien angezogen wurden und radikale Demokraten die ländlichen und städtischen Unterschichten für die Ideen der Revolution begeistern wollten, begann für Fürsten, Monarchen, Adlige und für den Klerus, aber auch für viele konservativ gesinnte Beamte, Handwerker und Bauern eine grandiose Abwehrschlacht, die mehr als 100 Jahre andauern sollte. Für und Wider Revolution, Nationalstaat, staatsbürgerliche Partizipation, Verfassung und Rechtstaat - das wurden nun die inneren und internationalen Kampfparolen, die die großen Auseinandersetzungen in Europa bestimmten.

Es waren die Armeen Napoleons, die die Prinzipien der Revolution gewaltsam nach Deutschland exportierten. Bis dahin war dieses Deutschland ein vager geographischer Begriff, der staatsrechtlich im alt-ehrwürdigen “Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation” Ausdruck fand. Dieses Reich umfaßte

fast ganz Mitteleuropa, aber dennoch nicht alle deutschsprachigen Gebiete. Die deutschsprachige Schweiz gehörte ebenso wenig dazu, wie Ostpreußen und das Elsaß. Dafür aber sowenig deutschsprachige Gebiete wie das heutige Belgien, Böhmen und Mähren, sowie Slowenien. Die Frage, welchen geographischen Umfang denn ein deutscher Nationalstaat eigentlich annehmen sollte, wurde in den folgenden Jahrzehnten daher zu einem Kernproblem der sogenannten "Deutschen Frage".

Überdies aber war das alte Reich ein Flickenteppich von großen und kleinen Territorien, von Monarchien, Fürstenstaaten, geistlichen Staaten, freien Städten, bis hin zu winzigen reichsunmittelbaren Ritterschaften. Über allem thronte der König und Kaiser, der nach innen jedoch ziemlich machtlos war und dem ein Reichstag als Versammlung aller Staaten zur Seite stand. Dieser Reichstag war unfähig, das machtpolitische Zerbrechen des Gesamtgebildes in rivalisierende Staaten zu verhindern. Besonders prominent war dabei seit der Mitte des 18. Jahrhundert der Dualismus zwischen den Großmächten Österreich und Preußen, der sich in mehreren Kriegen entlud. Intern herrschte die ständestaatliche Organisation frühneuzeitlichen Zuschnitts vor, mit ihrer geringen sozialen und wirtschaftlichen Mobilität, ihren restriktiven rechtlichen Schranken und der Bevorzugung von Adel und Klerus.

All dies zerschlug Napoleon. Das Heilige Römische Reich ging unter. Viele Kleinstaaten wurden abgeschafft. Das Rheingebiet wurde von Frankreich annektiert. Der größte Teil im Vasallensystem des Rheinbundes zusammengefasst, während Österreich und Preußen nach schweren Niederlagen an den Rand gedrängt wurden. Zudem zerstörten von den Franzosen initiierte Reformen das Ständesystem, führten mit dem Code Napoleon den Rechtsstaat ein und auch die Gewerbefreiheit. Dies waren vorbildliche Modernisierungsschritte, die nicht mehr gänzlich rückgängig gemacht werden konnten.

Im Gegenteil: v.a. das 1806/07 geschlagene Preußen begann nun mit eigenen Reformen, um den Modernitätsrückstand aufzuholen. In einer Serie von Maßnahmen wurden beschränkte Gewerbefreiheit gewährt, Bauernbefreiung durchgeführt, Judenemanzipation durchgesetzt, es gab Verwaltungs- und Bildungsreformen, sowie eine vorbildliche Städteordnung. Besonders signifikant waren die Heeresreformen, die in der Einführung der allg. Wehrpflicht gipfelten. Damit näherte sich Preußen dem Gedanken der Bürgerarmee, was wiederum prinzipiell die Frage nach der staatsbürgerlichen Partizipation am politischen Geschäft, also die Verfassungsfrage aufwarf. Insgesamt hörte Preußen auf, ein absolutistisch regierter Ständestaat zu sein.

Es waren diese Reformen, die ab 1813 insbesondere im Bürgertum

begeisterte Unterstützung für die sogen. "Befreiungskriege" hervorriefen. Neben der Berufsarmee kämpften nun Freiwillige und schließlich Wehrpflichtige gegen Napoleon - Dank der gesamteuropäischen Anti-Napoleon-Koalition mit Erfolg. Es war in diesen Kriegen, daß zum ersten Mal in ganz Deutschland Hoffnungen auf die Gründung eines Nationalstaats laut wurden.

Doch die vornehmlich bürgerlichen Liberalen und Patrioten wurden bitter enttäuscht. Auf dem Wiener Kongreß setzten die alten Mächte, angeführt vom hochkonservativen österr. Staatsmann Metternich weitgehend restaurative Regelungen durch. Deutschland wurde im "Deutschen Bund" zusammengefaßt. Territorial bis auf Belgien identisch mit dem alten Reich, war dies ein relativ loser Zusammenschluß von 39 Staaten. Sein ständiges Organ war der Bundestag in Frankfurt, die Versammlung von Vertretern aller Regierungen. Das Volk war hiervon ausgeschlossen. Das Bundesheer bestand aus den Kontingenten der Einzelstaaten. Ein Bundesoberhaupt gab es nicht. So konnte der traditionelle Dualismus zwischen dem um das Rheinland und Westfalen erweiterte Preußen und Österreich weitergehen.

Gegen diese reaktionäre Politik machte sich jedoch Widerstand merkbar. Studenten gründeten die "Deutsche Burschenschaft" und hielten Nationalfeste ab, auf denen gegen die Fürstenherrschaft protestiert wurde. Die Forderung nach einem nationalen Verfassungsstaat wurde erhoben. Demgegenüber verfolgte die "Heilige Allianz" der Fürsten eine zunehmend repressive Restaurationspolitik. Mit den "Karlsbader Beschlüssen" von 1819 begann eine systematische Verfolgungskampagne gegen Liberale, Demokraten und sogen. "Demagogen". Der Polizeistaat wurde nun zum Symbol der Willkürherrschaft. Für lange Zeit versank Deutschland in einer regelrechten Restaurationsphase.

Dennoch trägt das in der älteren Literatur immer wieder gezeichnete Bild weitgehender Stagnation. Unter der Oberfläche von Restauration und Biedermeiergemütlichkeit brodelte es weiter, formierten sich die politischen Kräfte der Zukunft. An den Universitäten herrschte ein liberaler Ton vor, auch wenn allzu vorlaute Professoren, wie die Göttinger Sieben 1837, wiederholt abgestraft wurden. In den Salons wurden freiheitliche Konzepte diskutiert. Die Schriftsteller, zum Teil allerdings wie Georg Büchner in der Emigration, propagierten aufrührerische und patriotische Ideen. Sogar in der Beamtenschaft, v.a. Preußens, war liberales Gedankengut weit verbreitet. Obendrein wurden die Reformen der Napoleonzeit keineswegs vollständig zurückgenommen. In vielen Staaten behielt der Code Napoleon Gültigkeit, während der größte Teil der preuß. Reformen erhalten blieb. Auch die allg. Wehrpflicht wurde nicht abgeschafft, sodaß die Idee des Bürgersoldaten

weiterlebte. Überdies aber - und dazu kommen wir noch - setzte nun allmählich auch in Deutschland die industrielle Revolution ein, die jede erfolgreiche Restaurationspolitik auf Dauer unmöglich machte.

Die franz. Julirevolution von 1830 hatte auch in Deutschland erhebliche Wirkung gezeigt. Noch einmal allerdings reagierten die Behörden mit verschärfter Repression und behielten einstweilen die Oberhand. Doch als im Februar 1848 in Frankreich eine erneute Revolution ausbrach, gab es auch in Dtland kein Halten mehr. Die März-Revolution und ihre Folgen waren für den weiteren Gang der dten Geschichte von zentraler Bedeutung.

Hier ist nicht der Ort und nicht die Zeit, um die revolutionären Vorgänge im Detail zu studieren. Für unseren Zusammenhang genügen ein paar grundsätzliche Feststellungen:

- So war die Revolution von vornherein insofern ein gesamtetes Phänomen, als sie in fast allen wichtigen dten Staaten stattfand. V.a. in Berlin und Wien gab es größere Volksaufstände, die phasenweise erfolgreich waren. Das unmittelbare Resultat war die Schaffung eines gesamteten. Parlaments, das in Frankfurt tagte. Gleichzeitig standen die regierenden Häupter der Bundesstaaten unter erheblichem Druck, Verfassungen zu gewähren. Phasenweise entstand der Eindruck, als sei Dtland auf dem Wege zum konstitutionellen Nationalstaat.

- Im Verlauf der Revolution bildeten sich sowohl in Frankfurt wie besonders in Preußen die meisten jener polit. Parteigruppierungen heraus, die fortan das Meinungsspektrum bestimmten. Hauptträger der Revolution waren die bürgerlichen Liberalen, die den konstitutionellen Nationalstaat anstrebten, ansonsten aber heillos zerstritten waren. Auf der radikalen Linken formierten sich Demokraten und Republikaner, die ihre Basis v.a. unter Handwerkern und städtischen Unterschichten fanden. Auf der Rechten standen die aristokratischen Konservativen mit ihrem ländlichen Anhang, die die Revolution bekämpften. Dabei war bezeichnend, daß die bürgerliche Mitte im Zweifelsfall dazu tendierte, mit den alten Mächten gegen die Radikalen zu paktieren, wenn diese zu bedrohlich auftraten. So blieben die Revolutionäre zerstritten, konnten sich nicht auf ein Programm zur Umgestaltung Dtlands einigen und trugen so maßgeblich zum Scheitern ihrer Hoffnungen bei.

- Bezeichnend und für die Zukunft bedeutsam war auch, daß die anderen europ. Großmächte die deutsche Revolution und die mögliche Gründung eines mächtigen Nationalstaats in der Mitte Europas keinesfalls mit Sympathie beobachteten. Die russische Regierung unterstützte die Kräfte der Reaktion, während GB und F ihr möglichstes taten, um die Konsolidierung des Nationalstaates zu behindern. V.a. deutsche milit. Operationen gegen die dänischen Annexionsabsicht in Schleswig wurden von diesen Mächten unterbunden. Damit deutete sich an, daß die Schaffung eines dten

Nationalstaates möglicherweise mit milit. Mitteln gegen die eine oder andere Großmacht erkämpft werden mußte.

- Die gekrönten Häupter Dtlands befanden sich somit unter Druck von mehreren Seiten: dem Druck der Straße, dem Druck der Liberalen und Patrioten, dem Gegendruck konservativer Bastionen und dem Druck auswärtiger Mächte. Unter den gegebenen Umständen führte dies angesichts der inneren Schwäche der Revolution zum Gegenschlag von oben. Bis 1849 wurden schließlich auch die letzten Widerstandsnester in Baden durch preuß. Soldaten gewaltsam zerschlagen.

- Das Scheitern der Revolution stellte einen furchtbaren Rückschlag für die Nationalbewegung, für Liberale und Demokraten dar. Sie mußten nun wieder jahrelange Repression erdulden. Dabei war die innere Zerstrittenheit und die Angst des Bürgertums vor dem angeblichen "roten Gespenst" eine schwere Hypothek für die Zukunft. Hinzu kam, daß die Revolution fast nur in den Städten Fuß gefaßt hatte. Die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung hatte der Revolution passiv oder gar ablehnend gegenüber gestanden. Auch daran mußte die Revolution scheitern.

- Aber auch auf der konservativen Seite hinterließ die Revolution tiefe Wunden. So konnten etwa in Preußen die Konservativen lange nicht die Schmach verwinden, daß ihr König Friedrich Wilhelm IV. am 18. März, geschmückt mit einer schwarz-rot-goldenen Konkarde, den 230 "Märzgefallenen" (den Toten der Unruhen im März) gehuldigt hatte. Die preuß. militärischen Spitzen, die im Vormärz keineswegs unisono reaktionär eingestellt gewesen waren, vergaßen niemals, daß der König den Abzug der Armee aus Berlin befohlen hatte und daß der ganz und gar milit. eingestellte Kronprinz Wilhelm sogar zum Verlassen des Landes gezwungen worden war. Überdies hatte sich die bürgerliche Landwehr als nicht immer zuverlässig erwiesen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich nicht nur, warum die Armeeführung mit Enthusiasmus die Reste der Revolution niederschlug, sondern fortan zu einer konservativen Bastion wurde.

- Auch in Österreich hatte die Armee die Revolution gewaltsam unterdrückt. Doch die Erfahrung, daß der nationalistische Aufstand in Ungarn nur mit russ. Hilfe niedergeworfen werden konnte, hinterließ ein großes Fragezeichen für die Zukunft der Monarchie.

Natürlich setzten nun wieder polizeistaatliche Unterdrückungsmaßnahmen ein. Führende Revolutionäre wurden entweder exekutiert, gefangengesetzt oder mußten emigrieren. Unter Letzteren befand sich auch Karl Marx.

Doch die Revolution hatte gleichwohl einiges erreicht. In den meisten dten Staaten wurden jetzt Verfassungen und Parlamente eingeführt. Besonders interessant, weil für die Zukunft höchst bedeutsam, war die preuß. Verfassung, die am 31. Januar 1850 in Kraft trat. Diese Verfassung machte

deutlich, daß die Krone aus der Revolution etwas gelernt hatte: selbstherrliche Alleinregierung ohne Rücksicht auf den Volkswillen war zu gefährlich geworden. So erhielt Preußen jetzt ein Zweikammerparlament. Im Oberhaus, ab 1855 "Herrenhaus" genannt, versammelte sich der Adel, v.a. die Junker. Die Mitglieder des Herrenhauses wurden von der Krone ernannt, sodaß der Adel eine unüberwindbare Vetomacht erhielt. Der Landtag wurde vom Volk gewählt - allerdings auf der Grundlage eines Dreiklassenwahlrechts, das die Besitzenden auf Kosten der Volksmassen enorm bevorteilte. Dementsprechend blieb auch der Landtag einstweilen eindeutig in konservativ-regierungstreuer Hand, was dem Regime des Minipräs. Otto v. Manteuffel seine Restaurationspolitik sehr erleichterte. Aber schon in den 50er Jahren gab es eine starke liberale Opposition.

Langfristig von größter Bedeutung war allerdings die Tatsache, daß nun das Recht des Parlaments auf Gesetzesinitiative und Etatbewilligung grundsätzlich anerkannt wurde. Damit wurde der Alleinregierung der Krone ein Ende gesetzt. Überdies wurde Preußen nun endgültig zu einem Rechtsstaat, der die Freiheitsrechte seiner Bürger garantierte und den Gerichten die Unabhängigkeit zusprach. Dies war ein erheblicher Fortschritt, der von konservativen Ideologen wie Friedrich Julius Stahl entsprechend beklagt wurde.

Gleichzeitig aber enthielt die Verfassung zahlreiche Bestimmungen, die der Krone eine enorme Machtfülle sicherten. Nicht etwa das Volk, sondern der "König von Gottes Gnaden" war der Souverän Preußens. Der König allein ernannte und entließ Minister, die dem Parlament gegenüber zwar auskunftspflichtig, aber nicht verantwortlich waren. Er besaß ein Vetorecht in allen Fragen der Gesetzgebung. Er konnte jederzeit den Landtag auflösen und Neuwahlen anberaumen. Ja, der König konnte sogar über Notverordnungen alleine regieren, wenn es gar nicht anders ging. Vor allem aber behielt der König die alleinige Kontrolle über die Bürokratie, das Militär und die Außenpolitik, sodaß diese Bereiche eine extrakonstitutionelle Stellung bekamen. Die sogenannte "königliche Kommandogewalt" über das Militär wurde denn auch in den folgenden Jahren zum Prüfstein für die Macht der Krone gegenüber der Volksvertretung. Angesichts dieser erheblichen Einschränkungen der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten sprach der liberale Politiker Eduard Lasker denn auch von "Scheinkonstitutionalismus" - ein Begriff, den auch Vertreter der Geschichtswissenschaft später übernahmen.

Dennoch wird man sagen müssen, daß immerhin ein Anfang auf dem Wege zum Verfassungsstaat gemacht worden war. Dies war umso bedeutsamer, als fast alle anderen Bundesstaaten es Preußen gleichtaten. Nur Österreich

koppelte sich von diesem Prozeß ab. Unter Fürst Felix zu Schwarzenberg und seinen Nachfolgern verzichtete das Habsburgreich gänzlich auf eine Verfassung und ging ganz offen zum Neoabsolutismus reaktionärer katholischer Prägung über. So war es kein Wunder, daß viele der Liberalen fortan ihre Hoffnungen auf Preußen setzten und sich von Österreich abwandten. Für die nationale Frage aber bedeutete dies, daß die größte Lösung unter Einschluß Österreichs immer mehr Boden zugunsten der kleinsten Lösung unter Führung Preußens verlor.

Tatsächlich hatte die preuß. Regierung 1849/50 ja versucht, eine eigenständige Ostlandpolitik zu betreiben, in der erste Ansätze zu einer kleinsten Lösung erkennbar wurden. Diese vorwärtige Politik des Minipräsidenten Radowitz wurde von Österr. jedoch mit offenen Kriegsdrohungen beantwortet. Dabei geriet Preußen schnell in die Isolation, zumal Rußland Österr. unterstützte. Die internationale Politik ließ zu diesem Zeitpunkt eine kleinste Einigung eben noch nicht zu - ebenso wenig übrigens wie eine Einigung Italiens, nach der sich die dortige Nationalbewegung einstweilen vergeblich sehnte.

Das Resultat war die "Punktation von Olmütz" am 29. November 1850, derzufolge Preußen gegenüber einem triumphierenden Österr. einer eigenständigen Ostlandpolitik in aller Form abschwören mußte. Viele der und auch preuß. Patrioten sprachen fortan von der "Schmach von Olmütz". Doch die preuß. Konservativen, unter ihnen auch der junge Otto v. Bismarck, waren ganz einverstanden mit der scheinbar endgültigen Abwendung von den letzten Träumen der 48er Revolution.

Doch schon kurze Zeit später wurden die Karten im europ. Mächtesystem neu gemischt. Von 1853-56 tobte am Schwarzen Meer der Krimkrieg. Die bis dahin dominierende Macht auf dem europ. Kontinent, Rußland, der Garant reaktionärer Stabilität, kämpfte gegen das OR, das postrevolutionäre Frankr. und das liberale GB. Preußen verhielt sich gegenüber R wohlwollend neutral, während Österr., das doch eigentlich für die 1848 gewährte Unterstützung bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes hätte dankbar sein sollen, eine zunehmend feindselige Haltung an den Tag legte und sich nach Kräften bemühte, den russ. Expansionsplänen auf dem Balkan durch eigene Schritte zu begegnen. Diese Undankbarkeit hat St. Petersburg nie verziehen, zumal nun die russ.-österr. Rivalitäten auf dem Balkan begannen, die 1914 den Weltkrieg auslösen sollten.

Die Kriegsniederlage 1856 offenbarte Rußlands. polit., wirtschaftl., soziale und damit auch milit. Rückständigkeit. Zar Alexander II. begann deshalb in der Folgezeit mit einer Serie entschiedener Reformen, deren markanteste wohl

die Abschaffung der Leibeigenschaft war. Diese Reformen, die letztlich weitgehend scheiterten und wenig am autokratischen Regime der Zaren änderten, hielten R. jedoch auf Jahre hinaus in Atem, sodaß diesem Reich außenpolit. einstweilen die Hände gebunden blieben, wozu allerdings auch die harten Bestimmungen des Friedens von Paris (nach dem Krimkrieg) beitrugen.

Das Frankreich Napoleons III. war nun die stärkste Macht auf dem Kontinent und bald auch der Hauptrivale Großbritanniens. Österr. hatte es sich mit R. verscherzt, während Preußen als einzige Großmacht noch Sympathien am Zarenhof besaß. Hinzu kam ja noch die Tatsache, daß GB im Gefolge des Krimkrieges erhebliche Unruhe in seinem Empire, v.a. den indischen Aufstand (1857/58) durchstehen mußte. London war damit die Lust an weiteren Abenteuern auf dem Kontinent auf Jahrzehnte hinaus vergangen. Für die nächsten Jahre blieb die brit. Außenpolitik zudem darauf fixiert, die hektischen imperialistischen Aktivitäten Napoleons III. mit Argusaugen zu beobachten und, womöglich, zu blockieren. Es war diese "Krimkriegssituation", wie sie der dte Historiker Klaus Hildebrandt nennt, die Preußen in den 1860er Jahren den Spielraum für Bismarcks riskante Außenpolitik eröffnete.

Innenpolit. war bis dahin allerdings noch ein weiter Weg. Am 7. Oktober 1858 übernahm Kronprinz Wilhelm die Regentschaft für seinen geisteskranken Bruder FWIV. und ließ sich nach dessen Tod zwei Jahre später als König Wl. krönen. Die Regierungszeit des noch 1848 als "Kartätschenprinz" verteufelten Hohenzollern begann mit einem Paukenschlag. Er ernannte ein neues, relativ liberales Kabinett, dem er schon am 8. November folgende, eigenhändig verfaßte Direktive für die Dtlandpolitik mit auf den Weg gab:

"In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifen von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indessen einer Reform wird unterworfen werden müssen."

Dieser erstaunlichen Ankündigung, die nicht nur in der liberalen Öffentlichkeit weit über Preußen hinaus großes Aufsehen erregte, folgten dann auch Taten. Zunächst einmal wurden die übelsten Reaktionäre kalt gestellt. So wurde auch der als Scharfmacher verschriene Otto v. Bismarck behandelt, der als Gesandter ins weit entfernte St. Petersburg geschickt wurde. Bei den anstehenden Wahlen unterließ es die Regierung diesmal, durch Manipulationen einzugreifen. Das Resultat war ein triumphaler Wahlsieg der Liberalen, die nun die Mehrheit im Landtag besaßen. In der Folgezeit wurden

auch die Knebelung der Presse eingestellt und zahlreiche Reformen zur Stärkung des Rechtsstaats durchgeführt. Preußen war nun anscheinend doch noch auf den Weg des Verfassungsstaats geschritten, weshalb viele Liberale in voreiliger Begeisterung von einer “Neuen Ära” sprachen. Einstweilen machte Preußen daher tatsächlich “moralische Eroberungen” in Dtland.

Ganz wichtig war hier der 1834 gegründete dte. Zollverein, von dem ja Wl. in seiner Adresse gesprochen hatte. Es handelte sich hierbei um den Zollverbund aller dten Staaten unter preuß. Führung. Nur Österr. gehörte dieser wirtschaftl. Organisation nicht an. Die preuß. Regierung sorgte denn auch in den folgenden Jahren dafür, daß dieses Vehikel für eine kleindte Politik fest in seiner Hand blieb und Österr. der ersehnte Beitritt verwehrt blieb. Überdies aber verfolgte Preußen nun eine ausgesprochene Freihandelspolitik, die es mit allerlei Pressionen im gesamten Zollverein durchsetzte. Damit aber entsprach die Regierung der “Neuen Ära” einer seit langem erhobenen Forderung der Liberalen.

Hinter all dem stand die Tatsache, daß Wirtschaft und Gesellschaft in Dtland, v.a. in Preußen, zu diesem Zeitpunkt einen rasanten Wandlungsprozeß durchmachten, der einen wachsenden Veränderungsdruck auf die Politik ausübte: das Zeitalter der industriellen Revolution hatte auch in Mitteleuropa begonnen.

2. Wirtschaft und Gesellschaft, 1848-1870.

Für die Zeitgenossen in Dtland war die Epoche zwischen 1848 und 1870 eine Phase gewaltiger politischer Umbrüche. Innerhalb einer Generation erlebten die Menschen die Revolution, Restauration, in Preußen dann die “Neue Ära”, den Verfassungskonflikt, schließlich drei Kriege verbunden mit einer Revolution von oben und am Ende die Reichsgründung. Diese Umwälzungen waren derart markant, daß sie jahrzehntelang die Geschichtswissenschaft in ihren Bann zogen. So kann es nicht überraschen, daß die auf politische Vorgänge fixierte Historiographie bis in die 1970er Jahre hinein die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge in der Reichsgründungszeit weitgehend ignorierte. Erst die moderne Sozialgeschichte erinnerte uns an den Umstand, daß die geradezu tektonischen Veränderungen an der sozio-ökonomischen Basis überhaupt erst die Voraussetzungen für die politischen Umwälzungen schufen. Hans-Ulrich Wehler spricht deshalb in seiner “Deutschen Gesellschaftsgeschichte” von einer “Doppelrevolution”, die für jene Epoche prägend war. Dabei greift man sogar noch zu kurz, wenn man unter Berufung auf Karl Marx die industrielle Revolution neben den politischen Umwälzungen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Tatsächlich nämlich

veränderten sich Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen.

Da war zunächst einmal die demographische Entwicklung, die vor und übrigens auch nach der Reichsgründung wahrhaft revolutionäre Züge annahm. Jahrhundertlang war die Bevölkerungsentwicklung in Europa durch weitgehende Konstanz, man kann auch sagen Stagnation gekennzeichnet. Allerdings brachen von Zeit zu Zeit demographische Katastrophen über die Menschen herein, so etwa der "Schwarze Tod" im 14. Jahrhundert, der die europäische Bevölkerung um mehr als ein Drittel, in manchen Regionen sogar um zwei Drittel reduzierte. Im Dreißigjährigen Krieg war die dte Bevölkerung noch einmal um mehr als ein Viertel geschrumpft - in manchen Gebieten sogar drei Viertel, wenn nicht gar in mehreren Dörfern und kleinen Städten um 100%. Generell war die Bevölkerungsentwicklung auch außerhalb der Katastrophenphasen von hohen Geburtenraten, hoher Kindersterblichkeit und fast durchgehend kurzer Lebenserwartung gekennzeichnet. Erst die verbesserten Hygieneverhältnisse und das steigende Nahrungsmittelangebot am Ende des 18. Jahrhunderts erlaubte ein langsames Bevölkerungswachstum, das sich dann allerdings immer weiter verstetigte.

Ab Mitte der 1830er Jahre begannen auch die Mortalitätsraten zu sinken. Sicherlich blieb die Sterblichkeit von Neugeborenen immer noch erschreckend hoch: in Preußen 1851-70 über 20%, in Sachsen über 25% und in Bayern gar über 31%. Aber bei den 10-14Jährigen ging die Sterblichkeit deutlich zurück. Da gleichzeitig die Fertilitätsraten hoch blieben, setzte ein erhebliches Bevölkerungswachstum ein. So begann die Lebenserwartung zu steigen, zumal die Menschen immer älter wurden. 1871 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung trotz der hohen Säuglingssterblichkeit bereits 37 Jahre (heutzutage über 76 Jahre). Insgesamt war Dtland nun ein ausgesprochen junges Land mit einem erheblichen Potential an vollwertigen Arbeitskräften. Die demographischen Strukturen entsprachen somit in etwa jenen in vielen heutigen Entwicklungsländern.

Obwohl zwischen 1850 und 1870 2 Mio Menschen das Gebiet des Deutschen Bundes als Auswanderer zumeist in Richtung USA verließen, nahm die Gesamtbevölkerung rapide zu. 1850 lebten auf dem Gebiet des späteren Reiches (ohne Elsaß-Lothringen) 33,75 Mio Menschen. 1860, mehr als 36 Mio und 1870 fast 40 Mio. Damit überflügelte Deutschland zum ersten Mal seit dem Dreißigjährigen Krieg Frankreich und wurde neben Rußland das bevölkerungsreichste Land Europas, das es bis heute geblieben ist. Dabei war das Wachstum ungleichmäßig verteilt. Preußen wuchs (die 1866 annektierten Gebiete nicht mitgerechnet) um 25%. Sachsen gar um 34%. Bayern und Baden aber nur um 7%. Württemberg gar nur um 4% (die Schwaben schliefen noch).

Diese Unterschiede hingen wesentlich mit dem Umstand zusammen, dass das Bevölkerungswachstum v.a. den urbanen Gebieten zugute kam. Gerade Preußen und Sachsen verfügten über um derartig urbane Ballungszentren. So wuchs in Preußen vor allem die Bevölkerung im Rheinland und in Schlesien. Am meisten wuchs die preuß. Hauptstadt Berlin, nämlich von 430.000 (1850) auf 790.000 (1870); 1876 wurde die Millionengrenze überschritten. Bevölkerungswachstum hieß deshalb v.a. Urbanisierung. So stieg in Preußen der Anteil der Stadtbevölkerung (Orte mit mehr als 2.000 Einwohnern) an der Gesamtbevölkerung von 28% (1850) auf 37% (1870). Dies bedeutete aber auch, daß die Lebensbedingungen, Arbeitsverhältnisse, Gewohnheiten, Kommunikationsverhältnisse, die Mentalität, ja sogar die Sprache einer sich verstädternden Nation massive Veränderungen durchmachten. Es handelte sich um einen zentralen Bestandteil eines gewaltigen Modernisierungsschubs, den die Nation durchlebte. Kein Wunder also, daß reaktionäre und neoabsolutistische Vorstellungen immer mehr an Boden verloren. Die Politik der "Neuen Ära" war auch ein Ergebnis dieser Verhältnisse.

Im engen Wechselspiel mit der Bevölkerungsentwicklung stand die in jenen Jahren voll angelaufene industrielle Revolution. Die Wurzeln des Aufschwungs der Industrie lagen schon vor 1848. So reaktionär die Restaurationsepoche nach 1815 auch im politischen Bereich gewesen war, in wirtschaftlicher Hinsicht wurden hier entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt. Das sogenannte Biedermeier des Vormärz war somit nicht nur durch Stagnation gekennzeichnet. H.-U. Wehler hat dies im 2. Bd. seiner "Deutschen Gesellschaftsgeschichte" im Detail herausgearbeitet. Innerhalb des Deutschen Bundes hatte sich Preußen eine Führungsposition erobert, die es bis 1945 nicht wieder abgeben sollte und die die wirtschaftliche Grundlage zu seinem Aufstieg zur Vormacht in Deutschland darstellte. Das wirtschaftspolit. Vehikel hierzu war der Zollverein, in dem sich die deutschen Staaten zusammenfanden, um ihre jungen Industrien vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Auf diesem Wege konnte eine entwicklungspolit. "Take Off" Phase eingeleitet werden.

Doch erst nach der 48er Revolution begannen die damit freigesetzten Kräfte voll zu wirken. Grundlage hierfür war eine ungeahnte weltwirtschaftl. Hochkonjunkturperiode. Auch andere Länder gingen nämlich den Weg der Industrialisierung. Unangefochtene Führungsmacht blieb einstweilen GB, das Mutterland der industr. Revolution. Dahinter aber eroberten sich die USA den zweiten Platz, während auch in einigen Regionen Frankreichs, Belgiens, Ö-U.S., der Schweiz, Oberitaliens, Kataloniens, Hollands und Schwedens kräftige Industrialisierungsschübe im Gange waren. Sogar Kanada, Australien und Japan begannen mit der Industrialisierung. Zwischen 1849 und 1873 wuchs

das Welteisenbahnnetz um 8,8%, die Roheisenerzeugung um 5,3%, die Kohleproduktion um 5,2% und die gesamte industrielle Weltproduktion um 4,6%. Der Welthandel wuchs um sage und schreibe 260%! Das Bruttosozialprodukt pro Kopf stieg in GB um 50% von 660 Punkten auf 904. Dahinter erreichte der Zollverein immerhin einen stolzen 5. Platz, mit einer Wachstumsrate von 35% (418 auf 479 Punkte).

Motor dieser Konjunktur waren überall vor allem der Eisenbahnbau und die Schwerindustrie. So stieg in Dtland das Streckennetz von 5.875km (1850) auf 18.810km (1870). Entsprechend erreichte der Ruhrkohlebergbau jährliche Steigerungsraten von 9%, während die Roheisenproduktion jährlich um 8,4% zunahm. Natürlich verlief diese Phase der Hochkonjunktur nicht einheitlich. So gab es vor allem 1857-59 eine Weltwirtschaftskrise, die das Wachstum deutlich verlangsamte und Schockwellen durch Politik und Gesellschaft verbreitete. Umgekehrt gab es ab 1866 eine Phase explosionsartiger Konjunktur, die zunehmend Anzeichen von Überhitzung erkennen ließ. Generell aber waren Boom und Optimismus Kennzeichen der Zeit.

Unter diesen Umständen ließ sich natürlich prächtig verdienen. Rasant wachsende Investitionsströme flossen in die Industrie und den Eisenbahnbau. Die großen Namen der dten Schwerindustrie bestimmten fortan das Bild: Krupp, Thyssen, Dortmunder Union (nicht das Bier), Bochumer Verein (nicht der VFL) usw. Der Kapitalfluß mußte jedoch organisiert werden. Hier übernahmen große Banken das Geschäft. Dies waren aber nicht mehr die alten Privatbanken wie Rothschild und Oppenheim, sondern anonyme Aktiengesellschaften wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank usw. Sie gingen mit der Schwerindustrie (und später anderen Industriezweigen) Konglomerate ein, wie etwa die Diskonto Gesellschaft. Die dadurch entstehenden großen Konzerne unter maßgeblicher Beteiligung der Banken wurden zu einer deutschen Besonderheit der wirtschaftlichen Entwicklung, die enorme Macht auf wenige mehr oder weniger anonyme Aufsichtsräte verteilte. So entstand eine zwar zahlenmäßig kleine, dafür aber sehr einflußreiche industrielle Großbourgeoisie, deren Interessen keine Regierung mehr ignorieren konnte. Diese Bourgeoisie war schon aus ihrer wirtschaftlichen Interessenlage heraus nationalstaatlich orientiert und liberal ausgerichtet. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Stärke in Zeiten der Hochkonjunktur plädierte die Bourgeoisie auch für den Freihandel, den gerade die preuß. Regierung unter WI dann zum Programm machte.

In der Phase vor und nach der Reichsgründung war dieser Bourgeoisie einer spezifisch dte Sozialschicht eng verbunden: dem Bildungsbürgertum. Es handelte sich hierbei um die Familien jener Männer, die über ein

abgeschlossenes Hochschulstudium verfügten, oder doch zumindest die Matura, und in akademischen Berufen tätig waren: Ärzte, Juristen, Professoren, Gymnasiallehrer, Journalisten, Schriftsteller usw. Diese Gruppe war ziemlich heterogen (z.B. Freiberufler, Beamten), gleichzeitig aber durch gemeinsame Werte verbunden: Neuhumanismus, Rationalismus, Leistungsethos, Liberalismus und eben Nationalismus. Die Schicht der dten Bildungsbürger war vornehmlich protestantisch, da katholische Akademiker immer noch häufig auf die modernisierungsfeindlichen Werte der Kirche eingeschworen blieben - was noch zu schweren Konflikten führen sollte. Es waren gerade die protestantischen - und zunehmend auch die jüdischen - Bildungsbürger, die vor und nach 1870 die Meinungsführerschaft besaßen und zumeist die liberalen Abgeordneten in den Parlamenten stellten. Im Bündnis mit der Wirtschaftsbourgeoisie stellten sie eine Macht dar, obwohl sie höchstens 1% der Bevölkerung bildeten. Natürlich gab es auch in anderen Ländern Akademiker. Doch wohl nur in Dtland (allerdings wohl auch in der Schweiz) besaß diese kleine Schicht soviel Ansehen und soviel Einfluß. Die überproportionale Stellung des Bildungsbürgertums, insbesondere in Preußen, wurde ja auch durch das Dreiklassenwahlrecht gefördert, das den Besitz und damit indirekt die Bildung bevorteilte.

Mindestens seit der Frühen Neuzeit bestand das dte Bürgertum aus den Vollbürgern der zahlreichen Städte. Die große Masse unter ihnen stellten die Handwerker, Krämer, Spediteure usw. Gerade diese Schicht erlebte im Zuge der industriellen Revolution einen radikalen Wandel ihrer Lebensbedingungen. Durch die Aufhebung der alten Stadtrechte, die Entmachtung der Zünfte und die Einführung der Gewerbefreiheit in den 1860er Jahren verloren diese Schichten ihr rechtlich abgesichertes stabiles Umfeld. Zudem wurden v.a. die produzierenden Handwerker zunehmend der billigen Industriekonkurrenz ausgesetzt. Dies hatte zur Folge, daß ganze Bereiche des Handwerks vom Markt verdrängt wurden, so z.B. Seiler, Böttcher, Gerber, Wagenschmiede. Andere jedoch, wie Klempner, Uhrmacher, Friseure, Bäcker und Metzger profitierten von der Industrialisierung und der zunehmenden Urbanisierung. Gleichzeitig vertiefte sich der Graben zwischen Meistern und Gesellen, da letztere im Zeichen des Kostendrucks immer schärfer ausgebeutet wurden, aber immer geringere Chancen besaßen, selbst je Meister zu werden.

Das sich in dieser Phase herausbildende Kleinbürgertum erweist sich somit als sehr heterogen. Während manche, wie etwa auch die Kleinhändler, sich deutlich verbesserten und mittelfristig zur Basis der modernen „KMU“ wurden, rutschten andere regelrecht ins Elend. Es kann also keineswegs von einem allgemeinen Niedergang des Kleinbürgertums gesprochen werden, wie ihn Karl Marx damals diagnostizierte. Aber viele Handwerker und kleine Kaufleute fühlten sich vom Aufbruch in die Moderne bereits bedroht und

waren deshalb für konservative Positionen offen. Die Gruppe der liberal Gesinnten war jedoch zweifellos größer. Ein erheblicher Teil der Kleinbürger war allerdings der Verproletarisierung ausgesetzt. Viele Gesellen fanden nur noch Anstellung in den Fabriken. Mancher Meister teilte dieses Schicksal, konnte jedoch wenigstens in der Rolle des Facharbeiters eine Elitefunktion im Industrieproletariat übernehmen.

Es war das entstehende Industrieproletariat, das, neben dem Bürgertum, der Epoche seinen Stempel aufzudrücken begann. Es handelte sich hierbei um die am schnellsten wachsende soziale Schicht. Allein zwischen 1860 und 1870 verdoppelte sich in Preußen ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung von 6% auf 12% - Tendenz weiter zunehmend. Noch höher war der Anteil in Sachsen, während im weitgehend agrarisch geprägten Bayern die Zahl der Proletarier noch relativ gering blieb. Die "Klassenlage" der Arbeiter, um mit Marx zu sprechen, war dabei höchst unerfreulich. Grundsätzlich waren sie den Fabrikherren ziemlich wehrlos ausgeliefert, denn sie hatten nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zwar stabilisierten sich die Reallöhne - doch auf derart niedrigem Niveau, daß man von industriellem Pauperismus (modern: „working poor“) sprechen konnte. Zudem waren die Lebenshaltungskosten, v.a. die Mieten für katastrophal schlechte städtische Unterkünfte sehr hoch. Arbeiter waren je nach Konjunkturschwankung permanent von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedroht. Bei Invalidität und Krankheit gab es keine Hilfen. Im Alter war völlige Mittellosigkeit die Regel. Die ganze Familie, also auch Frauen und Kinder mußten helfen, um das Überleben unter diesen Umständen zu ermöglichen. Die systemische Ausbeutung der Arbeiterschaft zeigte sich auch in der Arbeitszeit. So betrug die tägliche Arbeitszeit um 1850 zwischen 14 und 17 Stunden - ging allerdings bis 1870 auf 12 Stunden zurück. Die Einstellung vieler Unternehmer zu ihren Arbeitern brachte denn auch der "Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein" 1870 auf den Punkt:

Der Arbeiter solle nämlich "ähnlich wie ein Arbeitstier, wie eine Maschinenkraft geschätzt und belohnt werden, das heißt so mäßig wie möglich. Denn er nützt der Gesellschaft auch nichts weiter wie das Tier und die Maschine, und deshalb ist ... der Lohn ... möglichst herabzudrücken."

Auch beim Staat fand die Arbeiterschaft keinen Schutz, erst recht nicht in der "Neuen Ära", als die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus jede staatliche Intervention gegenüber den Marktkräften verboten. Nur zugunsten der Arbeitgeber griff die Polizeigewalt ein, falls Arbeiter aufbegehrten. So konnte es kein Wunder sein, daß die Arbeiterschaft sich zunehmend in Gewerkschaften zu organisieren begann, um durch die gemeinsame Aktion etwas Gegenmacht aufzubringen. Dies war denn auch die Zeit, in der die

politische Arbeiterbewegung in Form der ersten sozialistischen Parteien entstand. Vor 1870 besaßen sie noch wenig Einfluß, doch baute sich hier ein Potential auf, das die Geschichte des Kaiserreichs maßgeblich mitbestimmte.

Trotz der voll einsetzenden industriellen Revolution darf man sich jedoch keiner Täuschung hingeben: Dtland blieb bis 1870 nach wie vor in erster Linie ein Ackerland. So wurden 1850 45,2% des Nettoinlandprodukts auf dem Lande erwirtschaftet - 1870 waren es immer noch 37,9%. Im Jahr der Reichsgründung waren nach wie vor 50,9% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Dies hing mit der Tatsache zusammen, daß die deutsche Landwirtschaft zwischen 1850 und 1870 ebenfalls eine Phase der Hochkonjunktur erlebte, ja geradezu goldene Jahre. Schon längst war auf dem Land der Agrarkapitalismus eingeführt worden, d.h. mit zum Teil erheblichen Investitionen wurde zunehmend profitorientiert produziert. So stiegen die ländlichen Reinerträge zwischen 1830 und 1870 um das Dreifache. Die Arbeitsproduktivität verdoppelte sich beinahe. Die Gesamtproduktion wuchs zwischen 1850 und 1870 um 60-80%! All dies lag zum guten Teil an der verbesserten Absatzlage, boten doch die wachsenden Städte einen guten Markt. Überdies aber boten sich insbesondere in GB glänzende Exportchancen. Es war dieser Boom, der auch in landwirtschaftlichen Kreisen den Wunsch nach Freihandel weckte.

Die großen Gewinner dieser Entwicklung waren die Großgrundbesitzer. Dies waren keineswegs nur mehr Adlige, denn die Rittergüter unterlagen einem gewissen Prozeß der Verbürgerlichung. Dennoch waren es gerade die preußischen Junker, jener Landadel aus den Gebieten östlich der Elbe, die ihre ohnehin starke Position in der Gesellschaft festigen konnten. Aber auch die größeren bäuerlichen Betriebe, z.B. in Bayern zählten zu den Gewinnern. An den vielen Kleinbauern ging die agrarische Hochkonjunktur jedoch weitgehend spurlos vorüber, besaßen sie doch weder die Investitionskraft noch den Zugang zum Markt, um von den neuen Möglichkeiten zu profitieren. Noch härter traf es die besitzlosen Landarbeiter, Mägde usw., an deren erbärmlichen und weitgehend rechtlosen Lebensumständen sich wenig änderte, wenn sie nicht sogar durch neue Maschinen wegrationalisiert wurden. Für diese Gruppe eröffnete jedoch die Industrialisierung die Möglichkeit der Landflucht, sodaß Hunderttausende das Rekrutierungsreservoir des Proletariats auffüllten, während andere gänzlich auswanderten.

Das Land blieb unter diesen Umständen ein Hort des Konservatismus, zumal die Masse der Landarbeiterschaft es sich angesichts der Machtfülle der Grundherren nicht erlauben konnte aufzubegehren. Der ländliche Konservatismus war aber wegen der Agrarkonjunktur keineswegs

vollständig modernisierungsfeindlich, erblickten doch viele Großgrundbesitzer und Bauern etwa in der Zusammenarbeit mit Banken und in der Unterstützung der liberalen Freihandelsidee durchaus Chancen.

Auch daraus erklärt sich, warum ausgerechnet eine Gruppe preußischer Adliger unter Führung des “Krautjunkers” Otto v. Bismarck in den 1860er Jahren eine unerhörte Revolution von oben ins Werk setzte, die die Welt erschüttern sollte. Es waren aber die gesamtgesellschaftlichen Umbrüche jener Zeit, die diese Revolution ermöglichten, während die Hochkonjunktur Preußen in die Lage versetzte, die nun stattfindenden drei “Einigungskriege” sozusagen aus der Portokasse zu finanzieren. In dieser Hinsicht hatte es Bismarck sehr viel leichter als Helmut Kohl 130 Jahre nach ihm.